

6. Berliner Sozialgipfel

Berliner Sozialgipfel

9. September 2015

2015

www.Berliner-Sozialgipfel.de

www.awoberlin.de

www.berliner-mieterverein.de

www.berlin.dgb.de

www.hvd-bb.de

www.ngg-ost.de

www.sovd-bbg.de

www.vdk.de/berlin-brandenburg

www.bb.verdi.de

www.volkssolidarität.de

Der Berliner Sozialgipfel fordert insbesondere:

1. Begrenzung der Mieterhöhungen im freifinanzierten Wohnungsbau auf 15% in 5 Jahren.
2. Mietspiegel als alleiniges Beweismittel für die Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete.
3. Verschärfung des Wirtschaftsstrafgesetzes, um Mietpreisüberhöhungen zu verhindern.
4. Mehr Milieuschutzgebiete, um Verdrängung durch Luxusmodernisierung zu verhindern.
5. Absicherung der Wohnkostenübernahme bei Beziehern von Alg II oder Grundsicherung.
6. Mehr altersgerechte und barrierearme bzw. barrierefreie Wohnungen.
7. Sozialer Wohnungsbau muss wieder sozial werden. Neubau von jährlich mindestens 3.000 preisgünstigen Wohnungen, d. h. nicht mehr als im Schnitt 5,50 €/qm Nettokaltmiete.
8. Ausbau des städtischen Wohnungsbestands und Verpflichtung der städtischen Wohnungsunternehmen auf eine soziale Wohnraumversorgung.
9. Mehr menschenwürdige Wohnungen für Flüchtlinge.
10. Stärkung der Verwaltung durch mehr Personal und Qualifizierungen, auch um Zweckentfremdungen zu verhindern.

Mehr Mieterschutz

statt

mehr Miete!



Diskutieren Sie mit uns Probleme und Lösungen für soziales Wohnen in Berlin.

Wir laden ein zum 6. Berliner Sozialgipfel am Mittwoch, den 09.09.2015, 15 bis 18 Uhr, DGB-Haus am Wittenbergplatz

www.Berliner-Sozialgipfel.de

6. Berliner Sozialgipfel

Mehr Mieterschutz statt mehr Miete!

Berlin ist eine Mieterstadt.

85% aller Haushalte wohnen zur Miete. Für sie ist die Mietwohnung der Mittelpunkt ihrer Existenz. Sie ist Ort des Rückzugs, der Erholung, der Familie und der Freizeit. Sie soll Würde und Sicherheit bieten.

Doch diese Sicherheit ist zunehmend gefährdet oder eingeschränkt, vor allem bei Wohnungssuchenden, seien es Berliner, Zuziehende oder Flüchtlinge.

Immer mehr Berliner Mieter sind von steigenden Mieten bedroht oder betroffen.

Ganz massiv drohen Mieterhöhungen z.B. nach Modernisierungen. Bei Wohnungen in schlechtem technischem Zustand zahlen die Mieter Unsummen für Heizung und Warmwasser. Seit 2005 haben sich diese Kosten um mehr als 50% erhöht. Die Einkommen bleiben weit dahinter zurück.

Viele Arbeitslose leben mit der ständigen Angst, vom Jobcenter zu einer unrealistischen Wohnkostensenkung aufgefordert zu werden und in eine billigere Wohnung umziehen zu müssen. Ältere und Behinderte finden oft keinen bezahlbaren Wohnraum.

Die geltende Rechtsprechung erleichtert Kündigungen durch die Vermieter. Unwürdige Wohnverhältnisse nehmen immer mehr zu. Wohnungsverlust droht.

Wer derzeit eine neue Wohnung braucht, hat schlechte Karten. In den letzten drei Jahren stieg die Berliner Bevölkerung um mehr als 100.000 Menschen, während das Angebot kaum wuchs und jeder Mieterwechsel zur Mieterhöhung genutzt wurde.

Laut Berliner Mieterverein wurde bei 87% aller Wohnungsangebote im Jahr 2013 die ortsübliche Vergleichsmiete im Schnitt um

2,50 €/qm im Monat überstiegen. Miethäuser und Investoren nutzen die Wohnraumknappheit gnadenlos aus.

Abhilfe ist kaum in Sicht. Der Berliner Senat war zu lange untätig. Die neue Mietpreisbremse hat zu viele Ausnahmeregelungen. Es braucht dringend ein umfassendes Umsteuern in der Wohnungs- und Mietrechtspolitik in Berlin und im Bund.

Der Berliner Sozialgipfel

2010 haben sich 9 starke Organisationen zusammengetan, um gemeinsam mehr zu erreichen: Eine soziale und gerechte Politik für Berlin.

Berlin soll für alle da sein. Nicht nur für die jungen, fitten, Wohlhabenden. Gerade für die Schwächeren wird es aber immer schwieriger. Z.B. für ältere Menschen, Behinderte oder Flüchtlinge, Erwerbslose und Menschen mit geringem Einkommen.

Der Berliner Sozialgipfel hat jedes Jahr ein Schwerpunktthema: 2015 „Mieten und Wohnen“. Wir arbeiten für eine solidarische Gesellschaft, in der alle eine Chance und einen würdigen Platz haben.